

# Der Reichswart

Graf E. Reventlow

**Bezugspreise:**

durch	Inland		Ausland	
	Post	Krgbb.	mit mittl. Kuluta	mit hoher Kuluta
viertelj.	60.-	80.-	150.-	250.-
jährlich	240.-	320.-	600.-	1000.-

„Der Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie der  
Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Dönhau Str 6  
erzogen. Fernspr.: Wlkom 3080-3083, Postkasskonto: Berlin 88714  
Unverlangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Anzeigenpreise: für die 1 spaltige  
Millimeter-Zeile M. 6.-. (Sam.-Anz.  
M. 1.) Eine ganze Seite M. 4500.-  
Bei Platzvorschrift entsprechender  
Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Kleine  
Anzeigen: das Leberschrifts-Wort  
M. 3.-, jedes weitere Wort M. 2.50

Nummer 45



Sonnabend, den 11. November 1922



3. Jahrgang

**Aus dem Inhalt:**

Das völkische Ergebnis von Görlitz / An Herrn Dr. Stresemann / Das böse jüdische Gewissen  
Zwei Friedensverträge gegen Deutschlands Zukunft - Wien 1814 - Versailles 1920 (Fortsetzung)

## Das völkische Ergebnis von Görlitz.

Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei hat eine Klärung gebracht, welche rein sachlich betrachtet wenig erfreulich ist, dagegen in ihrer Eigenschaft als Klärung begrüßt werden muß, besonders da, wo es sich um eine Unklarheit handelt, die eine gute Sache schädigt. Eine solche Unklarheit bestand bis Görlitz in weiten Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei über die Stellung der Führung der Partei zur völkischen Politik, zu einer Verwirklichung des völkischen Gedankens überhaupt. Daß dieses der Fall war, ist freilich sonderbar und läßt sich nur darauf zurückführen, daß viele Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei sich über den Begriff des Völkischen nicht klar waren und noch weniger darüber, welche Konsequenzen sich aus einem Bekenntnis zum völkischen Gedanken ergeben müssen. In früheren Hefen des „Reichswart“ ist erwähnt worden, den Äußerungen deutschnationaler Führer: die Partei sei nach wie vor völkisch, entgegengehalten worden, daß eben diese Führer keinen einzigen Schritt auf dem völkischen Wege getan hätten, auch nur mit einem Schein der Wahrheit behaupten könnten. In Blättern der deutschnationalen Presse hat man gelegentlich gesagt, die Partei sei eben völkisch, sie pflege das Zusammengehörigkeitsgefühl der Reichsdeutschen und der Auslandsdeutschen, sie sei für Reinhaltung der deutschen Sprache von fremden Bestandteilen, und tische noch einige Kleinigkeiten mehr dieser Art den gläubigen Parteimitgliedern auf. Diese scheinen in der Tat vielfach bis heute gläubig geblieben zu sein, so schwer begreiflich diese Tatsache auch ist.

In Görlitz handelte es sich um folgendes: Der deutschvölkische Flügel der Partei hatte im Juli die deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die Parteileitung hatte dann eine solche Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei verboten und von den Abgeordneten v. Graefe und Wulle verlangt, daß sie auf diesen Gedanken ganz verzichten sollten. Die beiden Abgeordneten waren bereit, es zu tun, erklärten aber, daß sie dann eine außerhalb der Partei bestehende völkische Arbeitsgemeinschaft organisieren würden. Daraufhin verlangte die Reichstagsfraktion von den beiden Abgeordneten die folgende Erklärung, welche von Herrn Helfferich formuliert worden war: „Die Fraktion erwartet von den Abgeordneten v. Graefe und Wulle die Abgabe folgender Erklärung noch vor dem Parteitage:

Ich füge mich loyal dem Beschluß des Parteivorstandes, betreffend die Errichtung einer deutschvölkischen Arbeits-

gemeinschaft innerhalb der Partei und werde mich folgerichtig auch an einer Umwandlung dieser deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft in eine außerhalb der Partei stehende Organisation nicht beteiligen. Solange diese Erklärung nicht abgegeben wird, erklärt die Fraktion die Wiederherstellung der Fraktionsgemeinschaft für nicht möglich“.

Die beiden Abgeordneten lehnten diese Erklärung ab, während der Abgeordnete v. Graefe die folgende abzugeben bereit war: „Ich füge mich dem Beschlusse des Parteivorstandes bezüglich der Ablehnung einer völkischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei. Ich erkläre gleichzeitig, daß ich in loyaler Weise als Mitglied der Partei auch durch meine Betätigung in völkischen Organisationen außerhalb der Partei keinerlei Bestrebungen verfolgen oder mitmachen werde, die der Geschlossenheit der Partei oder ihren Zielen zuwiderlaufen.“ Diese Erklärung wurde nicht angenommen. Auch ein Antrag des Landesverbandes Potsdam II wurde abgelehnt, des Inhalts, daß in allen Teilen der Partei von der Leitung bis zu den Ortsgruppen völkische Ausschüsse gegründet werden könnten, auch die Bildung der deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft in Berlin unabhängig von der Parteileitung. Die beiden völkischen Abgeordneten kamen, als dieser Antrag zur Debatte stand, so weit entgegen, daß sie im Falle seiner Annahme auf den zweiten Teil desselben verzichteten. Nachdem die Ablehnung erfolgt war, verließ der größte Teil der Völkischen den Saal. Ein anderer Antrag wurde angenommen, welcher einen völkischen Reichsausschuß und völkische Ausschüsse bei den Landesverbänden unter Leitung der Landesverbandsvorsitzenden forderte. Die völkischen Vertreter lehnten diesen Antrag ab, dessen Zweck war, die völkische Bewegung innerhalb der Partei auf den toten Strang zu bringen, denn diese Ausschüsse werden unter direkter Kontrolle der Parteileitung stehen, außerdem, wie von völkischer Seite richtig bemerkt wurde, nur Kopforgane ohne Körper, nur Offiziere ohne Soldaten bilden; davon weiter unten mehr.

Ueberblickt man diesen Gang der Dinge, so liegt auf der Hand, daß die Parteileitung den Bruch mit den völkischen Abgeordneten wollte. Warum wollte sie ihn? Man hat verschiedentlich erklärt, es habe sich für die Parteileitung um zweierlei gehandelt: um die persönliche Unmöglichkeit, mit den völkischen Abgeordneten wieder in Gemeinschaft zu treten, und um Fragen der Taktik. Die